

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 377

Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung

**Eine Untersuchung von erfüllungs-
und bereicherungsrechtlichem Leistungsbegriff
unter besonderer Berücksichtigung der Tilgungs- oder
Zweckbestimmung als des finalen Elements
einer Leistung**

Von

Sascha Beck



Duncker & Humblot · Berlin

SASCHA BECK

Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 377

Die Zuordnungsbestimmung im Rahmen der Leistung

Eine Untersuchung von erfüllungs-
und bereicherungsrechtlichem Leistungsbegriff
unter besonderer Berücksichtigung der Tilgungs- oder
Zweckbestimmung als des finalen Elements
einer Leistung

Von

Sascha Beck



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Potsdam hat diese Arbeit
im Jahre 2006 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2008 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7387
ISBN 978-3-428-12571-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2005/2006 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im Herbst 2005 abgeschlossen. Rechtsprechung und Literatur sind deshalb bis September 2005 berücksichtigt. Spätere Entscheidungen und Literatur konnten dagegen nur vereinzelt eingearbeitet werden.

Von ganzem Herzen danken möchte ich Frau Prof. Dr. Dorothea Assmann für ihre außergewöhnlich engagierte Betreuung. Sie hat die Entstehung dieser Arbeit trotz eigener enormer Arbeitsbelastung jederzeit mit großem Interesse, wissenschaftlichem Rat und konstruktiver Kritik begleitet. Insbesondere in den regelmäßig durchgeführten Doktorrandenseminaren konnte ich eine Fülle von Anregungen gewinnen.

Ebenfalls zu tiefem Dank verpflichtet bin ich Herrn Prof. Dr. Jens Petersen für die lehrreiche Zeit, die ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches, Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht der Universität Potsdam verbringen durfte. Herr Prof. Dr. Petersen ermöglichte mir jede erdenkliche Freiheit für die Anfertigung der Dissertation und hatte stets ein offenes Ohr für meine Fragen. Zugleich danke ich Herrn Prof. Dr. Petersen für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Weiterhin danke ich meinem Kollegen und Freund Herrn Dr. Frank Bockholdt, der nicht nur mein Interesse am Thema der vorliegenden Arbeit weckte, sondern mir zugleich ein wohlwollend-kritischer Begleiter bei deren Entstehung war. Ohne unsere unzähligen Diskussionen wäre die Arbeit in der vorliegenden Form nicht entstanden. Auch den Kollegen Dr. René Börner und Henry Posselt danke ich für ihre wertvollen Anregungen.

Ein besonderer Dank geht an meine Familie, allen voran an meine Frau Diana Beck. Sie hat mich während der gesamten Zeit der Anfertigung der Arbeit in bewundernswerter Weise immer wieder ermuntert und selbstlos unterstützt. Ein letzter Dank gilt meinen Eltern, auf deren Vertrauen und tatkräftige Hilfe ich jederzeit meines Lebens bauen konnte.

Potsdam, im Herbst 2008

Sascha Beck

Inhaltsübersicht

Einleitung	29
-------------------------	----

1. Teil

Leistung bei § 362 Abs. 1 BGB	34
--------------------------------------	----

§ 1 Der Meinungsstand zur „Leistung“ im Erfüllungstatbestand	35
§ 2 Das Zuordnungsproblem bei der Erfüllung	69
§ 3 Möglichkeiten einer Zuordnung	96
§ 4 Exkurs zum Verhältnis der Ersetzungsbefugnis zur Annahme an Erfüllungs Statt	127
§ 5 Auseinandersetzung mit den Erfüllungstheorien	134
§ 6 Entscheidung zwischen subjektiver und objektiver Erfüllung	192
§ 7 Standort der Zuordnungsbestimmung	258
§ 8 Rechtsnatur der Zuordnungsbestimmung	261
§ 9 Folgen einer rechtsgeschäftsähnlichen Tilgungsbestimmung	268
§ 10 Zeitpunkt des Zugangs der Zuordnungsbestimmung	314
§ 11 Ergebnisse zum erfüllungsrechtlichen Leistungsbegriff	324
§ 12 Erfüllung von Naturalobligationen	326

2. Teil

Leistung bei § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB	328
--	-----

§ 13 Zur Gleichheit beider Leistungsbegriffe	330
§ 14 Der Meinungsstand zum bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff	340
§ 15 Auseinandersetzung mit der Kritik am zweckgerichteten Leistungs- begriff	363
§ 16 Leistungen in einzelnen Dreipersonenkonstellationen	420
§ 17 Ergebnis zum bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff	510

*3. Teil***Der einheitliche Leistungsbegriff** 517

§ 18	Auseinandersetzung mit anderen Leistungszwecken	519
§ 19	Zum Zweck bei der <i>condictio ob rem</i>	564
§ 20	Zum Zweck bei der <i>condictio ob turpem vel iniustam causam</i>	600
§ 21	Folgen der Reduzierung der Leistungszwecke	618

*4. Teil***Zusammenfassung** 623

Literaturverzeichnis	644
Sachwortverzeichnis	673

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
-------------------------	----

1. Teil

Leistung bei § 362 Abs. 1 BGB	34
--------------------------------------	----

§ 1 Der Meinungsstand zur „Leistung“ im Erfüllungstatbestand	35
I. Erfüllung als Erlöschensgrund	37
II. Erlöschen des Schuldverhältnisses im engeren Sinn	39
1. Erlöschen der Forderung	39
2. Grund des Erlöschens	40
3. Überdauern als Behaltensgrund	41
4. Zwischenergebnis	41
III. Entstehungsgeschichte des § 362 Abs. 1 BGB	41
IV. Tatbestandsmerkmale des § 362 Abs. 1 BGB	44
1. Stand der Literatur	45
a) „Leistung“	46
b) „Geschuldete“ Leistung	47
c) „Gläubiger“	47
d) „Bewirken“	49
e) Erfüllung durch Dritte (als Leistende)	50
f) Zusammenfassung	52
2. Stellungnahme zu den Tatbestandsmerkmalen	52
a) „Geschuldete“ Leistung	54
b) „Gläubiger“	55
c) „Bewirkt“	55
aa) Natürlicher Sprachgebrauch	55
bb) Juristischer Sprachgebrauch	56
cc) Systematische Auslegung	56
(1) Grundsätzliche Ungeeignetheit systematischer Auslegung	56
(2) „bewirken“ in § 518 Abs. 2 BGB	57
(3) „bewirken“ in § 294 BGB	57
(4) „bewirken“ im Zivilprozessrecht	58
(5) Zwischenergebnis	58

dd) Teleologische Auslegung	59
ee) Endergebnis zu „bewirken“	60
d) „Leistung“	60
aa) Natürlicher Sprachgebrauch	60
bb) Juristischer Sprachgebrauch	60
cc) Systematische Auslegung	61
(1) Verhältnis des verhaltensbezogenen zum erfolgsbezogenen Leistungsbegriff	61
(2) Auslegung des § 366 Abs. 1 BGB	63
(3) Leistung bei § 407 BGB	64
(4) Modalitäten der „Leistung“	64
(5) Zwischenergebnis	65
dd) Folgen für den Begriff der „Leistung“ bei § 362 BGB	65
ee) Ergebnis zur Bedeutung des Begriffs der „Leistung“ bei § 362 BGB	67
e) „Bewirken der Leistung“	67
3. Ergebnis zum Tatbestand des § 362 BGB	68
§ 2 Das Zuordnungsproblem bei der Erfüllung	69
I. Grundinteresse an der Zuordnung	70
1. Funktion der Zuordnung	71
a) Zuordnung als Schaffung einer Vergleichsgrundlage	71
b) Zuordnung als Voraussetzung des Feststellens der Zweckverfehlung	72
c) Feststellung des konkret erlöschenden Schuldverhältnisses	73
d) Zwischenergebnis zur Funktion einer Zuordnung	73
2. Interesse an einer Zuordnung	73
a) Interesse des Schuldners an einer Zuordnung	74
b) Interesse des Gläubigers an der Zuordnung	75
aa) Kenntnis des Schuldners	75
bb) Kenntnis des Leistenden	76
cc) Drohende Verjährung	76
dd) Fristverkürzung aufgrund § 434 Abs. 3 oder § 633 Abs. 2 S. 3 BGB	77
ee) Ablauf von Rügeobliegenheiten	77
ff) Sicherheiten	78
gg) Mahnung und Verzug	78
hh) Klarheit über Rückerstattungspflichten	79
ii) Zwischenergebnis zum Interesse des Gläubigers	79
c) Interesse Dritter an der Zuordnung	79
d) Ergebnis zum Interesse an einer Zuordnung	80

II.	Fälle der nicht evidenten Zuordnung	80
1.	Unsicherheit im Rahmen des § 366 BGB	82
2.	Unklarheit zwischen Sicherheit und Schuld	85
3.	Unsicherheit bei Beteiligung Dritter	89
4.	Vorausleistung	93
5.	Zwischenergebnis	94
III.	Ergebnis zum Zuordnungsproblem im Rahmen der Erfüllung	95
§ 3	Möglichkeiten einer Zuordnung	96
I.	Einseitige Zuordnung	96
1.	Zuordnung durch den Gläubiger	96
a)	Ablehnung eines Zuordnungsrechts durch den Gläubiger	96
b)	Bestätigung durch § 366 Abs. 2 BGB	97
c)	Zuordnung durch den Gläubiger im Rahmen des § 396 Abs. 1 BGB	98
d)	Ergebnis zur Zuordnung durch den Gläubiger	99
2.	Zuordnung durch den Schuldner	100
a)	Gesetzliche Vorgaben	100
aa)	§ 366 Abs. 1 BGB	100
bb)	Hinterlegung	101
cc)	Aufrechnung	101
dd)	Ergebnis zu den gesetzlichen Bestimmungen	102
b)	Interessengerechtigkeit des schuldnerischen Bestimmungsrechtes	103
3.	Zuordnung durch Dritte	104
a)	§ 267 Abs. 1 BGB	104
b)	§ 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB	104
c)	Interessengerechtigkeit des Zuordnungsrechtes des Dritten	105
4.	Zuordnung bei Leistung des Schuldners mittels eines Dritten	106
5.	Zusammenfassung zum einseitigen Bestimmungsrecht	108
II.	Konsensuale Zuordnung	109
1.	Grundsätzliche Ablehnung	109
2.	Zulässigkeit konsensualer Zuordnungen	111
a)	Ablehnung in allen Fällen der Bedürfnisbefriedigung des Gläubigers	111
aa)	Bedürfnisbefriedigung bei der Erfüllung	112
bb)	Bedürfnisbefriedigung bei der Hinterlegung	112
cc)	Bedürfnisbefriedigung bei der Aufrechnung	112
b)	Zulässigkeit bei fehlender Befriedigung des Gläubiger- interesses	113
aa)	Leistung an Erfüllung Statt	114
bb)	Leistung Erfüllungshalber	117
cc)	Erlass	118
c)	Zwischenergebnis zu den Ausnahmen	119

III.	Verhältnis konsensualer zu einseitiger Zuordnung	120
1.	Konsensuale Zuordnung als Ausnahmetatbestand	120
2.	Ausschluss des einseitigen Bestimmungsrechts durch Vereinbarung konsensualer Zuordnung?	122
a)	Konsensuale Zuordnung bereits erfolgt	122
b)	Konsensuale Zuordnung noch nicht erfolgt	124
3.	Zeitliches Verhältnis von Einräumung und Vornahme der konsensualen Zuordnung	125
4.	Zusammenfassung	126
§ 4	Exkurs zum Verhältnis der Ersetzungsbefugnis zur Annahme an Erfüllungs Statt	127
I.	Ablehnung einer antizipierten Annahme an Erfüllungs Statt	128
II.	Qualifikation der Ersetzungsbefugnis	129
III.	Entsprechende Anwendbarkeit des § 365 BGB	131
IV.	Zusammenfassung	132
§ 5	Auseinandersetzung mit den Erfüllungstheorien	134
I.	Entwicklung der Erfüllungstheorien	134
1.	Im Römischen Recht	134
2.	Im Gemeinen Recht	136
3.	Nach Inkrafttreten des BGB	137
II.	Kritik der Erfüllungstheorien	139
1.	Vertragstheorie	140
a)	Hauptaussagen	140
b)	Argumente der Vertreter	141
aa)	Historisches Argument	141
bb)	Wortlautargument	142
cc)	Verwirklichung des Minderjährigenschutzes	143
dd)	Notwendigkeit der Vermögensöffnung	144
c)	Kritik der Vertragstheorie	144
aa)	Ungeeignetheit des historischen Arguments	144
bb)	Untauglichkeit der Wortlautargumente	144
cc)	Keine Notwendigkeit der Vermögensöffnung	146
dd)	Benachteiligung Geschäftsunfähiger	146
ee)	Schwierigkeiten bei der Bewältigung realer Leistungsvorgänge	147
ff)	Verstoß gegen das Trennungsprinzip	149
gg)	Ablehnung einer konsensualen Zuordnung	150
hh)	Schwierigkeiten der Erklärung des § 366 BGB	152
ii)	Schwierigkeiten mit der Einbindung des § 267 Abs. 1 BGB	154
jj)	Ungeeignetheit bei geschuldetem Unterlassen	154
d)	Ergebnis zur Vertragstheorie	154

2. Beschränkte Vertragstheorie	154
a) Hauptaussagen	155
b) Argumente der Vertreter	156
aa) Allgemeine Lebensanschauung	156
bb) Realisierung des Minderjährigenschutzes	156
cc) Bewältigung realer Leistungsvorgänge	157
dd) Gleichlauf von Rechtsnatur der geschuldeten Leistung und Erfüllungsscharakter	157
ee) Methodologische Argumente	158
c) Kritik an der beschränkten Vertragstheorie	158
aa) Ungeeignetheit soziologisch-empirischer Argumente	158
bb) Ungeeignetheit einer dualistischen Erfüllungstheorie	158
cc) Kein hinreichender Schutz nicht geschäftsfähiger Gläubiger bei Realleistungen	159
dd) Unrichtigkeit des methodologischen Ansatzes	160
ee) Problematik der Zuordnung im Bereich tatsächlicher Leistungen	161
ff) § 366 Abs. 1 BGB als doppelte Ausnahme	162
gg) Übernahme der Schwächen der Erfüllungstheorie im Bereich rechtsgeschäftlicher Leistungen	162
d) Zusammenfassung zur modifizierten Vertragstheorie	163
3. Zweckvereinbarungstheorie	163
a) Hauptaussagen	164
b) Argumente der Vertreter	165
aa) Wortlautargumente	165
bb) Zweck als Mittelpunkt unseres Schuldrechtssystems	165
cc) Zweckvereinbarung wegen fehlender Evidenz	166
dd) Übereinstimmung der Struktur des Schuldvertrages mit der Schuldlösung	166
ee) Gleichlauf des Leistungsbegriffs bei Erfüllung und Leistungskondition	167
ff) Einheitlicher Erfüllungsbegriff	168
c) Kritik an der Zweckvereinbarungstheorie	168
aa) Ungeeignetheit des Wortlautes	168
bb) Zur Strukturidentität von Schuldvertrag und Schuldlösung	168
cc) Verstoß gegen das Trennungs- und Abstraktionsprinzip	169
dd) Unzulässigkeit eines einheitlichen Erfüllungsbegriffes	170
ee) Ungeeignetheit konsensualer Zuordnung	170
ff) Erfüllung als Tatbestandswirkung	171
gg) Schwierigkeiten der Erklärung des § 366 Abs. 1 BGB	171
hh) Ungeeignetheit bei Realleistungen und geschuldetem Unterlassen	173

ii)	Benachteiligung des geschäftsunfähigen Schuldners bei Realleistungen	173
d)	Zusammenfassung zur Zweckvereinbarungstheorie	174
4.	Theorie des einseitigen Erfüllungsgeschäftes	174
a)	Hauptaussagen	175
b)	Argumente der Vertreter	177
aa)	Interessengerechtigkeit einer schuldnerischen Zuordnung ..	177
bb)	Existenz des § 366 Abs. 1 BGB	177
cc)	Inkorporation des § 267 BGB in die Erfüllungslehre	178
dd)	Erfassen von Realleistungen	178
ee)	Einheitlicher Erfüllungsbegriff	179
ff)	Einheitlicher Leistungsbegriff	179
gg)	Wortlautargumente	180
c)	Kritik an der Theorie des einseitigen Erfüllungsgeschäftes	181
5.	Theorie der realen Leistungsbewirkung	181
a)	Hauptaussagen	182
b)	Argumente für eine reale Erfüllung	184
aa)	Wortlautargumente	184
bb)	Vereinfachung des Erfüllungsprozesses	185
cc)	Erklärung der unbewussten Erfüllung	186
dd)	Integration von Realleistungen und Unterlassen	186
ee)	Einheitlicher Erfüllungsbegriff	186
ff)	Erfüllungsermöglichung für nicht geschäftsfähige Schuldner	186
c)	Kritik an der Theorie der realen Leistungsbewirkung	187
6.	Theorie der finalen Leistungsbewirkung	187
a)	Hauptaussagen	188
b)	Argumente pro finale Erfüllung	189
aa)	Interessengerechtigkeit einer schuldnerischen Zuordnung ..	189
bb)	Grundsätzliche Finalität von Handlungen	189
cc)	Einheitlicher Erfüllungsbegriff	190
dd)	Integration der §§ 267 Abs. 1, 366 Abs. 1 BGB	190
ee)	Einheitlicher Leistungsbegriff	191
ff)	Erfassen von Realleistungen	191
c)	Kritik an der Theorie der finalen Leistungsbewirkung	191
§ 6	Entscheidung zwischen subjektiver und objektiver Erfüllung	192
I.	Ablehnung einer dualistischen subjektiven Erfüllungstheorie	192
II.	Überzeugungskraft der beiden konträren Ansätze	193
1.	Wortlautargumente	193
2.	Ungeeignetheit einer objektiven Zuordnung	194
a)	Versagen evidenter Zuordnung	195
aa)	Zuwendungen von Nichtschuldern	195

bb) Mehrfach verpflichtete Schuldner	197
cc) Sicherheit und Schuld	198
dd) Negative Tilgungsbestimmungen	198
ee) Abweichende Tilgungsbestimmungen	199
ff) Weitere Unklarheiten	200
gg) Zusammenfassung	200
b) Evidenz als Auslegung konkludenter Tilgungsbestimmungen ..	201
3. Argumente aus der Abgrenzung von §§ 362, 278 und 267 BGB ..	203
4. Argumente aus dem Trennungsprinzip	204
5. Argumente aus den Heilungsvorschriften	205
a) Tatbestandsübereinstimmungen	205
aa) Formunwirksame Bürgschaft	205
bb) Formunwirksame Schenkung	206
cc) Formunwirksame Grundstückskauf- oder -belastungsverträge	206
b) Systematische Übereinstimmung	206
c) Bewältigung der Heilung durch subjektiven und objektiven Ansatz	207
d) Ergebnis zur Heilung	209
6. Erfassen von Realhandlungen	209
7. Behandlung der unbewussten Erfüllung	210
8. Erfüllung durch und an nicht voll Geschäftsfähige	213
a) Nicht voll geschäftsfähiger Gläubiger	214
aa) Schutzbedürftigkeit	214
(1) Bestehen von Gewährleistungsrechten	216
(2) Rechtshemmender Fristablauf	217
(3) Verlust- und Verschleudergefahr	218
(a) Verschleudergefahr	218
(b) Verlustgefahr	219
(c) Zwischenergebnis	221
(4) Berücksichtigung der Schuldnerinteressen	221
bb) Konstruktive Realisierung des Schutzes	223
(1) Schutz des nicht voll geschäftsfähigen Gläubigers über § 242 BGB	223
(2) Objektive Erfüllungstheorie	224
(a) Der Ansatz <i>Oertmanns</i>	225
(b) Erfüllungsablehnung über § 107 BGB	225
(c) Die „Empfangszuständigkeit“	226
(3) Subjektive Erfüllungstheorie	228
(4) Ergebnis	231

b) Nicht voll geschäftsfähige Schuldner	232
aa) Rechtsgeschäftlicher Leistungsinhalt	232
bb) Nicht rechtsgeschäftlicher Leistungsinhalt (Realhandlungen und Unterlassen)	232
9. Erfassen des Unterlassens	234
a) Erfüllbarkeit von Unterlassensverpflichtungen	234
aa) Erlöschen durch Zeitablauf	235
bb) Vermögensmehrung durch Unterlassen	235
cc) Unterlassen als bloßes Beachten fremder Rechtsgüter	236
dd) Fehlendes Leistungsbewusstsein beim Unterlassen	238
ee) Fehlende Erfüllungsetzungen	239
ff) Ergebnis zur Erfüllbarkeit des Unterlassens	240
b) Zuordnungsbestimmung beim Unterlassen	240
aa) Konkludente Zuordnungsbestimmung	240
bb) Notwendigkeit einer Zuordnungsbestimmung	242
(1) Möglichkeit einer Drittleistung	242
(2) Möglichkeit einer Forderungsmehrheit	242
(3) Folgerungen	243
10. Eingliederung der §§ 366 Abs. 2, 367 Abs. 2 BGB	244
a) §§ 366 Abs. 2, 367 Abs. 1 BGB als gesetzliche Auslegungs- regeln	244
aa) Die Vorschrift des § 366 Abs. 2 BGB	245
bb) Die Vorschrift des § 367 Abs. 1 BGB	249
cc) Ergebnis zu §§ 366 Abs. 2, 367 Abs. 1 BGB	250
b) § 367 Abs. 2 BGB als Einschränkung der Privatautonomie ...	250
11. Argumente aus der Methodenlehre	251
a) Aufgabe einer Theorie	251
b) Qualität der Erfüllungstheorien	252
c) § 366 Abs. 1 BGB unter dem Gesichtspunkt der Methoden- lehre	256
12. Der Grundsatz autonomer Selbstbestimmung	256
13. Andere Argumente	257
III. Zusammenfassung	257
§ 7 Standort der Zuordnungsbestimmung	258
I. Im Verpflichtungsgeschäft	258
II. Im Übereignungsvertrag	259
III. Besonderer Rechtsakt zwischen Verpflichtung und dinglichem Geschäft	260
§ 8 Rechtsnatur der Zuordnungsbestimmung	261
I. Tatsächlicher Wille	261
II. Willenserklärung	263
III. Geschäftsähnliche Handlung	265

§ 9	Folgen einer rechtsgeschäftsähnlichen Tilgungsbestimmung	268
I.	Zugang	268
II.	Auslegung	270
	1. Auslegung nach dem objektiven Empfängerhorizont	270
	2. Auslegung aus Sicht des Leistenden	271
	3. Bestimmung anhand objektiver Kriterien	272
	4. Eigene Stellungnahme	272
	a) Privatautonome Dimension der Zuordnungsbestimmung	272
	b) Ungeeignetheit der Sicht des Leistenden	275
	c) Ungeeignetheit objektiver Kriterien	276
	d) Zwischenergebnis zur Auslegung	276
	e) Bestimmung des Leistenden im Rahmen der Auslegung	276
	aa) Konkreter Vertrauensschutz	277
	bb) Abstrakter Vertrauensschutz	278
	cc) Stellungnahme	278
	5. Auslegungsgrundsätze	280
III.	Minderjährigkeit	281
	1. Leistung an nicht voll geschäftsfähige Gläubiger	281
	a) Konstruktive Ablehnung der Leistungskondition	282
	b) Interessengerechtigkeit der Nichtleistungskondition	283
	aa) Entreicherung beim nicht voll geschäftsfähigen Gläubiger	284
	bb) Entreicherung beim Partner des nicht voll geschäftsfähigen Gläubigers	288
	cc) Zwischenergebnis zur Annahme einer Nichtleistungs- kondition	289
	c) Nichtleistungskondition im Lichte der §§ 813, 814 BGB	290
	aa) Nichtanwendbarkeit des § 813 BGB	290
	bb) Nichtanwendbarkeit des § 814 BGB	291
	(1) Planwidrige Unvollständigkeit des Gesetzes	291
	(2) Vergleichbare Interessenlage	293
	d) Ergebnis	294
	2. Leistung durch nicht voll geschäftsfähige Schuldner	294
	a) Folgen bei der Erfüllung nicht rechtsgeschäftlicher Leistungen	296
	aa) Geschäftsunfähige Schuldner	296
	(1) Wiederholen der Leistungshandlungen	298
	(a) Erlöschen gemäß § 275 Abs. 1 BGB	298
	(b) Erlöschen gemäß §§ 387, 389 BGB	301
	(2) Anderweitige Nachteile	302
	(3) Zwischenergebnis	304
	bb) Beschränkt geschäftsfähiger Schuldner	304
	cc) Rechtfertigung der Zweiteilung (Geschäftsunfähige – beschränkt Geschäftsfähige)	305

b) Folgen für den Bereicherungsanspruch	306
aa) Geschäftsunfähiger Schuldner	306
bb) Beschränkt geschäftsfähiger Schuldner	310
3. Ergebnisse zu Leistungen an nicht voll Geschäftsfähige und gegenüber nicht voll Geschäftsfähigen	310
IV. Stellvertretung und Botenschaft	311
1. Botenschaft	311
2. Stellvertretung	311
a) Abgabe der Tilgungsbestimmung im Rahmen gesetzlicher Vertretungsmacht	312
b) Abgabe der Tilgungsbestimmung aufgrund Vollmacht	312
V. Zusammenfassung	313
§ 10 Zeitpunkt des Zugangs der Zuordnungsbestimmung	314
I. Vor der Vermögenmehrung	314
1. Funktionstauglichkeit der antizipierten Tilgungsbestimmung	315
2. Trennung zwischen Zuwendung und Zuordnung	315
3. Bindungswirkung vorweggenommener Tilgungsbestimmungen	316
4. Ergebnis zu antizipierten Tilgungsbestimmungen	317
II. Bei der Vermögenmehrung	317
III. Nach der Vermögenmehrung	317
1. Entstehen einer Zuordnungsunsicherheit	318
2. Keine nachträgliche Bestimmung bei der Aufrechnung	318
3. Nachträgliche Zuordnungsbestimmungen als Änderung der Tilgungsbestimmung	319
4. Ausnahmsweise Zulässigkeit nachträglicher Tilgungsbestimmungen	320
a) Zuwendungen nicht voll Geschäftsfähiger	320
b) Möglicher Verzicht des Gläubigers auf eine rechtzeitige Zuordnungsbestimmung?	320
c) Nachträgliche Zuordnungsbestimmungen wegen Perplexität? ..	321
5. Ergebnis zu nachträglichen Tilgungsbestimmungen	322
IV. Ergebnis zum Zeitpunkt der Tilgungsbestimmung	322
§ 11 Ergebnisse zum erfüllungsrechtlichen Leistungsbegriff	324
§ 12 Erfüllung von Naturalobligationen	326

2. Teil

Leistung bei § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB	328
§ 13 Zur Gleichheit beider Leistungsbegriffe	330
I. Systematischer Zusammenhang	330
1. Erfüllung und <i>condictio indebiti</i>	330
2. Erfüllung und <i>condictio ob causam finitam</i>	331
3. Objektive Erfüllung und finale Leistungskondiktion	331

II.	Auseinandersetzung mit den Argumenten der Gegenansicht	332
1.	Leistung als Umschreibung der Handlung	333
2.	Vermögenswert des Geleisteten	333
3.	Die Bedeutung des Erfolges bei der Erfüllung und der Leistungskondition	335
4.	Die Unterschiedlichkeit der Leistungszwecke	336
III.	Vorläufiges Zwischenergebnis	339
§ 14	Der Meinungsstand zum bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff	340
I.	Natur des Kondiktionsrechts	341
1.	Klassisches römisches Recht	342
2.	Gemeines Recht	343
3.	Der Einheitsgedanke <i>Savignys</i> und dessen Einfluss auf die Kodifikation im BGB	343
4.	Der Einfluss Wilburgs und von Caemmerers	345
II.	Trennung zwischen Leistungskondition und Nichtleistungskondition	347
1.	Einheitslehre	347
2.	Trennungslehre	348
3.	Stellungnahme	349
III.	Stand der Leistungskondition	350
1.	Zweckgerichteter Leistungsbegriff	351
2.	Funktionen des Leistungsbegriffs	352
a)	Ersetzung des Merkmals „auf Kosten“	352
b)	Festlegung des Leistungsverhältnisses	354
c)	Bestimmung der Kondiktionspartner	354
d)	Feststellung der Rechtsgrundlosigkeit	355
e)	Primärer Inhalt des Bereicherungsanspruchs	356
IV.	Zum Verhältnis von Leistung zu Nichtleistung (Subsidiarität)	356
1.	Problemaufriss	357
2.	Subsidiaritätstheorie und sachenrechtliche Wertungen	358
a)	Die Wertung des § 932 BGB als Ausgangspunkt	359
b)	Berücksichtigung der Wertung des § 935 BGB	359
c)	Keine Berücksichtigung eventueller Bösgläubigkeit des Leistungsempfängers	361
3.	Ergebnis	361
§ 15	Auseinandersetzung mit der Kritik am zweckgerichteten Leistungsbegriff	363
I.	Ursachen für die Kritik am Leistungsbegriff	366
1.	Die Rechtsprechung des BGH	366
2.	Missachtung der Bestandteile des Leistungsbegriffs (Überbewertung des Zwecks)	368
3.	Gleichsetzung von Leistung und Rückabwicklung	368

II. Kritik an der Funktion	370
1. Versagen bei der Festlegung der Kondiktionspartner	371
a) Inkongruenz von Forderung und Schuldverhältnis	372
b) Erwachsen mehrerer inhaltsgleicher Forderungen aus einem Kausalverhältnis	374
c) Leistung gemäß § 267 BGB	375
d) Zwischenergebnis	376
2. Kriterien für die Rückabwicklung	377
a) Vorüberlegungen	377
b) Bestimmung der Kondiktionspartner abseits des Leistungs- begriffs	378
aa) Bestimmung anhand des Merkmals „auf Kosten“	378
bb) Rückabwicklung mit Hilfe von Analogien	379
cc) Trennung von Leistung und Rückabwicklung durch <i>Canaris</i>	381
c) Gründe für die weiterhin erfolgende Rückabwicklung im Leistungsverhältnis	384
aa) Wortlaut	384
bb) Weitgehende Übereinstimmung in den Ergebnissen	385
cc) Entlastung des Rechtsanwenders	389
3. Rückabwicklung stets im Kausalverhältnis? – Erfassung der Drittleistung	390
4. Ergebnis zur Kritik an der Funktion des Leistungsbegriffs	394
5. Berechtigung der Bezeichnung Leistungskondition	395
III. Kritik am Begriff der Leistung selbst	396
1. Identität der Leistungsbegriffe als Ausgangspunkt	396
2. Leistung ohne Zuwendung?	398
a) Umleitende Zweckbestimmungen	398
b) Zuwendung als tatsächliche Wertbewegung?	401
c) Begriffliche Folgen	404
d) Zusammenfassung	405
3. Mehrere Leistungen aufgrund einer Zuwendung?	405
4. Leistung ohne Zweckbestimmung?	407
a) Objektive Bestimmung der Planungsgrundlage	408
b) Leistung als Zuwendung plus Anweisung	409
5. Auslegung der Zweckbestimmung nach dem objektiven Empfängerhorizont	411
a) Auslegung zur Bestimmung der Leistungsgrundlage	411
b) Auslegung zur Bestimmung der Person des Leistenden	412
c) Auswirkungen auf das Sachenrecht – Der Scheingeheißerwerb .	413
aa) Leistungsbeziehungen und Subsidiarität	413
bb) Sachenrechtliche Probleme des Falles	415
(1) Übereignung der Hemden gemäß § 929 S. 1 BGB	415

(2) Übereignung der Hemden gemäß §§ 929 S. 1, 932 Abs. 1 S. 1 BGB	416
IV. Ergebnisse zur Kritik am bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff	418
§ 16 Leistungen in einzelnen Dreipersonenkonstellationen	420
I. Kritik am Begriff „Dreipersonenverhältnis“	420
II. Anweisungsfälle	423
1. Bankanweisung als Musterfall der Anweisung	424
2. Bestandteile einer Bankanweisung	425
a) Fehlen der Verwendungszweckangabe	426
b) Fehlen der zu überweisenden Summe	427
c) Empfängerdaten	427
d) Daten zur Person des Überweisenden	427
e) Zwischenergebnis zur Struktur der Anweisung	428
3. Vorhandene Anweisung	428
a) Erfüllung bei intakten Schuldverhältnissen	428
aa) Erfüllung im Valutaverhältnis	429
(1) Zuordnungsbestimmung	430
(2) Zuwendung	431
(a) Zuwendung des Gegenstandes aufgrund von Verfüugungsmacht	433
(b) Vermögensmäßige Gleichstellung aufgrund Zweckvereinbarung	434
(c) „Als ob“-Betrachtung	436
(d) Hassolds Theorie vom Durchgangserwerb	439
(e) Quasi-dinglicher Rechtserwerb	440
(f) Zuwendung aufgrund Verschaffungsmacht	441
(g) Stellungnahme	442
(h) Eigener Erklärungsansatz einer Zuwendung im Valutaverhältnis	444
(3) Zwischenergebnis	446
bb) Erfüllung im Deckungsverhältnis	447
(1) Zu erfüllendes Schuldverhältnis	447
(2) Erfüllung gemäß §§ 362 Abs. 2, 185 BGB	449
(a) Zuwendung nach neuer Rechtslage	449
(b) Zuwendung nach alter Rechtslage	449
(c) Zuordnungsbestimmung	454
(d) Widerspruch zum Wortlaut des § 362 Abs. 2 BGB	455
(3) Zwischenergebnis	456
cc) Bestandteile der Bankanweisung	457
b) Rückabwicklung bei fehlerhaften Kausalverhältnissen	457
4. Exkurs zur angenommenen Anweisung	461
a) Lösung der herrschenden Lehre	462
b) Kritik der herrschenden Lehre	462

c) Eigene Stellungnahme	463
d) Rückabwicklung beim Hausgiro	467
e) Rechtslage bei der außerbetrieblichen Überweisung	468
5. Fehlende Anweisung	469
a) Fälle fehlender Anweisung	469
b) Erfüllung bei intakten Schuldverhältnissen	471
aa) Erfüllung im Valutaverhältnis	472
(1) Erfüllung gemäß §§ 362 Abs. 1, 278 BGB	472
(2) Leistung der Bank gemäß § 267 BGB	474
(3) Zugerechnete Leistung des vermeintlich Anweisenden	476
(a) Sphärentheorie	478
(b) Zurechnung nach den Grundsätzen der allgemeinen Rechtsscheinlehre	478
(aa) Keine Leistung des Anweisenden an den Empfänger	480
(bb) Rechtsschein einer Leistung mittels geeignetem Rechtsscheinträger	480
(α) Rechtsschein einer Leistung	481
(β) Träger des Rechtsscheins	483
(cc) Zurechenbarkeit	485
(α) Fehlende Veranlassung	485
(β) Unwirksame Veranlassung	486
(γ) Beseitigung des „Veranlassungs- beitrages“	487
(αα) Zurechnung bei Widerruf der Anweisung	489
(ββ) Zurechnung bei Anfechtung der Anweisung	492
(dd) Schutzbedürftigkeit	493
(4) Zwischenergebnis zur Erfüllung im Valutaverhältnis ..	495
bb) Erfüllung im Deckungsverhältnis	495
c) Rückabwicklung bei fehlerhaften Kausalverhältnissen	496
aa) Ohne Zurechnung oder Genehmigung	497
bb) Im Fall der Zurechnung oder Genehmigung	499
III. Drittleistungsfälle	500
1. Erfüllung bei den Drittleistungen	501
a) Zuwendung	501
b) Zuordnung	501
c) Zwischenergebnis zur Erfüllung	502
2. Rückabwicklung bei den Drittleistungsfällen	502
IV. Die Rückabwicklung bei veranlasster Drittleistung	505

§ 17	Ergebnis zum bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff	510
	I. Mehrung des fremden Vermögens	511
	II. Bewusste Vermögensmehrung	513
	III. Zweckbestimmung	513
	IV. Folgen für das Rechtsgrundverständnis	515
	V. Eigene Definition des Begriffes Leistung	516

3. Teil

Der einheitliche Leistungsbegriff 517

§ 18	Auseinandersetzung mit anderen Leistungszwecken	519
	I. Unterschiedliche Leistungszwecke unter der Herrschaft der Zwecklehre	520
	1. Entwicklung der causa-Lehre	520
	a) Wurzel der Zwecklehre im römischen Recht	520
	b) Die Zwecklehre im Gemeinen Recht und unter Geltung des BGB	522
	aa) Zwecke bei Eingehung eines Schuldverhältnisses	525
	bb) Zwecke bei Abwicklung eines Schuldverhältnisses	526
	c) Zwecklehre und zweckgerichteter Leistungsbegriff	527
	2. Kritik an der causa-Lehre	528
	a) Einheitliche Erfassung aller Zuwendungszwecke	528
	b) Möglichkeit der Zweckstaffelung	531
	c) Erfassung der Drittleistungsfälle	531
	3. Ergebnis zum Ansatz der Zwecklehre	532
	II. Untersuchung der möglichen Abwicklungszwecke	532
	1. Causa solvendi	534
	2. Sicherungszweck	536
	a) Forderung auf Erbringung der Sicherheit existiert bereits	537
	b) Forderung existiert noch nicht	538
	aa) Erfüllung bezweckt	538
	bb) Begründung einer Sicherungsabrede	538
	c) Zwischenergebnis	539
	3. Änderungszweck	540
	4. Heilung	540
	5. Vorausleistung	541
	a) Erfüllung künftiger Forderungen	542
	b) Anwendungsbereich des § 814 1. Var. BGB	544
	6. Causa credendi	546
	III. Die Zwecke bei den Handgeschäften	547
	1. Handgeschäfte unter Herrschaft des Trennungsprinzips	549
	2. Handkauf	553

3. Handdarlehen	555
a) Leistung causa credendi?	555
b) Vernachlässigung der Rückzahlungspflicht	556
c) Handdarlehen nach dem Schuldrechtsreformgesetz	557
4. Handschenkung (causa donandi)	557
a) Leistung solvendi causa	558
b) Leistung donandi causa?	558
aa) Handschenkung und Trennungsprinzip	559
bb) Systematische Argumente	560
cc) Schenkung und Gewährleistung	561
5. Ergebnis zu den Handgeschäften	562
IV. Zwischenergebnis zu den Leistungszwecken	562
§ 19 Zum Zweck bei der <i>condictio ob rem</i>	564
I. Zur Geschichte der <i>condictio ob rem</i>	565
II. Der Leistungszweck bei der <i>condictio ob rem</i>	568
1. Abgrenzung zur <i>condictio indebiti</i>	569
2. Zur Zwecksetzung bei der <i>condictio ob rem</i>	573
a) Konsensuale oder einseitige Zweckbestimmung	573
b) Normierung der Rechtsgrundlosigkeit	575
c) Zweckbestimmung als Zuordnungsbestimmung	576
3. Abgrenzung zur Störung der Geschäftsgrundlage	579
a) Vorrang der <i>condictio ob rem</i>	580
b) Alternative Anwendbarkeit	580
c) Vorrang der Störung der Geschäftsgrundlage	580
d) Stellungnahme	581
e) Zwischenergebnis	582
4. Kritik der Fallgruppen	583
a) Vorausleistungsfälle	583
b) Handgeschäfte	585
c) Veranlassungsfälle	585
aa) Veranlassung zur Heilung	585
bb) Abhalten von Strafanzeige oder Zwangsvollstreckung	587
cc) Veranlassung zur Aufrechterhaltung oder Begründung einer Lebenspartnerschaft	589
dd) Veranlassung zu späterer Erbeinsetzung	591
ee) Veranlassung zu bestimmter Verwendung der erhaltenen Leistung	593
ff) Veranlassung zu späterer Eigentumsübertragung	594
d) Zweckstaffelungsfälle	596
III. Ergebnis zur <i>condictio ob rem</i>	598
§ 20 Zum Zweck bei der <i>condictio ob turpem vel iniustam causam</i>	600
I. Die Geschichte der <i>condictio ob turpem vel iniustam causam</i>	600

II. Telos des § 817 S. 1 BGB	602
1. Überwindung des Rechtsgrundes der <i>condictio ob rem</i>	603
2. Überwindung der Konditionssperre des § 815 BGB	604
3. Überwindung der Konditionssperre des § 814 BGB	605
4. Sitten- oder Gesetzeswidrigkeit lediglich der Leistung	605
III. Leistungszweck bei § 817 S. 1 BGB	608
1. Wortlaut	608
2. Systematik	609
3. Ergebnis	610
IV. § 817 S. 2 BGB als Ausschlussgrund	610
1. Telos des § 817 S. 2	611
a) Strafnorm	611
b) Rechtsschutzversagung	612
c) Generalprävention	612
d) Stellungnahme	612
e) Eigener Ansatz	613
2. Ausdehnung des § 817 S. 2 BGB	615
a) Einseitiger Verstoß gegen die guten Sitten	615
b) Erstreckung auf alle Leistungskonditionen	615
V. Ergebnis zu § 817 BGB	617
§ 21 Folgen der Reduzierung der Leistungszwecke	618
I. Folgen für den Leistungsbegriff	618
1. Finales Element als Zuordnungsbestimmung	618
2. Taugliche Zuordnungsgrundlage	619
II. Folgen für das Rechtsgrundverständnis	619

4. Teil

Zusammenfassung	623
------------------------------	-----

Literaturverzeichnis	644
-----------------------------------	-----

Sachwortverzeichnis	673
----------------------------------	-----

Einleitung

Bereits der Titel der vorliegenden Arbeit provoziert die berechtigte Frage, wozu es einer weiteren Untersuchung des Leistungsbegriffs eigentlich noch bedarf, ist doch die Zahl der Aufsätze und Monographien über den Begriff der Leistung, die seit Inkrafttreten des BGB veröffentlicht wurden, kaum mehr zu überschauen.¹ Dass trotz dieser umfangreichen Vorarbeiten gleichwohl eine weitere Bearbeitung angebracht ist, zeigt bereits ein flüchtiger Blick. So wird Leistung im Tatbestand des § 812 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 BGB übereinstimmend als bewusste und zweckgerichtete Mehrung fremden Vermögens verstanden.² Dagegen soll der Begriff Leistung bei § 362 Abs. 1

¹ Vgl. nur *Bälz*, FS Gernhuber, S. 1 ff.; *Batsch*, NJW 1973, S. 1679 ff.; *Berg*, AcP 160 (1960), S. 505 ff.; *Beuthien*, JZ 1968, S. 323 ff.; *Bülow*, JuS 1991, S. 529 ff.; *Canaris*, FS Larenz, S. 799 ff.; *ders.*, NJW 1992, S. 3143 ff.; *Ehmann*, JZ 1968, S. 549 ff.; *Ehricke*, JZ 1999, S. 1075 ff.; *Fabianke*, JR 1999, S. 47 ff.; *Flume*, AcP 199 (1999), S. 1 ff.; *Gödicke*, Bereicherungsrecht und Dogmatik, 2001; *Hadding*, FS Kümpel, S. 167 ff.; *Hagmann-Lauterbach*, Der Zusammenhang zwischen dem finalen Leistungsbegriff im Bereicherungsrecht und den Erfüllungslehren, 1976; *Harder*, JuS 1979, S. 76 ff.; *Hassold*, Zur Leistung im Dreipersonenverhältnis, 1981; *Henke*, Die Leistung, 1991; *Kaehler*, Bereicherungsrecht und Vindikation, 1972; *Kamionka*, JuS 1992, S. 845 ff.; *Kellmann*, JR 1988, S. 97 ff.; *Kötter*, AcP 153 (1953), S. 193 ff.; *Krüger*, NJW 1990, S. 1208 ff.; *Kupisch*, Gesetzespositivismus im Bereicherungsrecht, 1978; *Lieb*, Jura 1990, S. 359 ff.; *Liebs*, JZ 1987, S. 697 ff.; *Loewenheim/Winckler*, JuS 1982, S. 669 ff.; *St. Lorenz*, JuS 2003, S. 729 ff.; *Lorenz*, AcP 168 (1968), S. 286 ff.; *Maier*, AcP 152 (1952), S. 97 ff.; *Meyer*, Der Bereicherungsausgleich in Dreiecksverhältnissen unter besonderer Berücksichtigung der Anweisungsfälle, 1979; *Muscheler/Bloch*, JuS 2000, S. 729 ff.; *Picker*, NJW 1974, S. 1790 ff.; *Pinger*, AcP 179 (1979), S. 301 ff.; *Rieble*, JZ 1989, S. 830 ff.; *Scheyhing*, AcP 157 (1957), S. 371 ff.; *Schmidt*, Erfüllung, Erfüllungswille, Erfüllungsvertrag, 1974; *Schnauder*, AcP 187 (1987), S. 143 ff.; *Schreiber*, Jura 1986, S. 539 ff.; *ders.*, Jura 1996, S. 666 f.; *Seibert*, Erfüllung durch finale Leistungsbewirkung, 1982; *Söllner*, AcP 163 (1963) S. 20 ff.; *Stolte*, JS 1990, S. 220 ff.; *Thomä*, JZ 1962, S. 623 ff.; *von Caemmerer*, JZ 1962, S. 385 ff.; *Weinauer*, FS Caemmerer, S. 255 ff.; *ders.*, Symposium König, S. 25 ff.; *Westermann*, JuS 1968, S. 17 ff.; *Wieling*, JuS 1978, S. 801 ff.; *Wilhelm*, JuS 1973, S. 1 ff.; *Wolf*, Drittleistung und Leistungsmittlung, 1995; *Zeiss*, JZ 1963, S. 7 ff.

² BGHZ 40, 272 (277); BGHZ 50, 227 (230 ff.); BGHZ 56, 228 (241); BGHZ 58, 184 (188); *Larenz/Canaris*, Schuldrecht II/2, § 67 II (S. 133); *Esser/Weyers*, Schuldrecht II/2, § 48 II (S. 42); *Medicus*, Bürgerliches Recht, Rdnr. 666; *Fikentscher*, Schuldrecht, Rdnr. 1073; *Wieling*, Bereicherungsrecht, S. 13; *Gerhardt*, Erlöschen und Umgestaltung, S. 705; *RGRK/Heimann-Trosien*, § 812 Rdnr. 15; *Erman/Westermann*, § 812 Rdnr. 11; *Palandt/Sprau*, § 812 Rdnr. 2; *Bauer/Wolf*, JuS 1966, S. 394; *Berg*, AcP 160 (1961), S. 507; *ders.*, NJW 1962, S. 101; *ders.*, JuS 1964, S. 137;

BGB nach herrschender Ansicht den Leistungserfolg umschreiben.³ Wenn aber die *condictio indebiti* nur diejenigen Leistungen rückabwickeln soll, die wegen fehlenden Erfüllungseintritts ihren Zweck verfehlt haben, wie kann Leistung in den genannten Vorschriften einerseits die schuldnerische Handlung, andererseits den Erfolg bedeuten? Schon *Hassold* hat auf diese vermeintliche Antinomie des Leistungsbegriffs hingewiesen.⁴ Dass zwischen dem erfüllungsrechtlichen und dem bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriff ein innerer Zusammenhang besteht, wurde zwar schon in früherer Zeit immer wieder vereinzelt angemerkt.⁵ Mindestens ebenso lange wird ein Zusammenhang aber auch vehement bestritten.⁶ Das Bestehen eines Zusammenhangs zwischen beiden Leistungsbegriffen gehört somit noch nicht zum allgemeingültigen Wissensstand. Gänzlich ungeklärt ist, wie weit ein solcher Zusammenhang reichen könnte und welche Folgen aus dem etwaigen Bestehen eines Zusammenhangs für den Leistungsbegriff zu ziehen sind. Sofern ein Zusammenhang in der Literatur überhaupt anerkannt wird, beschränkt man ihn zumeist auf eine Teilidentität für Leistungen *solvendi*

Beuthien, Zweckerreichung, S. 283 Fn. 11; *ders.*, JZ 1968, S. 323; *Ehmann*, Gesamtschuld, S. 137; *Hagmann-Lauterbach*, Finaler Leistungsbegriff, S. 8; *Hassold*, Leistung im Dreipersonenverhältnis, S. 5; *König*, Gutachten, S. 1525; *Loewenheim/Winckler*, JuS 1982, S. 671; *Mühl*, FS v. Lübtow, S. 547, 556 ff.; *Reeb*, JuS 1972, S. 581; *Rothoefl*, AcP 163 (1964), S. 224; *Seibert* JuS 1983, S. 591 ff.; *Scheyhing*, AcP 157, S. 371; *Schlechtriem*, JZ 1993, S. 26; *Schnauder*, Grundfragen, S. 71 ff. und S. 124 ff.; *ders.*, AcP 187 (1987), S. 142; *von Caemmerer*, FS Rabel, S. 366; *Westermann*, causa, S. 180 ff.; *ders.*, JuS 1968, S. 18; *Weitnauer*, NJW 1979, 2008; *ders.*, FS Caemmerer, 1978, S. 255 ff.; *ders.*, Symposium König, S. 29; *ders.*, NJW 1974, S. 1729 ff.; *Zeiss*, JZ 1963, S. 8; *ders.*, AcP 165 (1965), S. 334 Fn. 11.

³ BGHZ 12, 268; BGHZ 87, 156 (162); *Larenz*, Schuldrecht I, § 18 I (S. 235); *Medicus*, Schuldrecht I, Rdnr. 229; *Palandt/Heinrichs*, § 362 Rdnr. 1; *Westermann/Bydlinski/Weber*, BGB-Schuldrecht AT, § 19 Rdnr. 4; *Hk-BGB/Schulze*, § 263 Rdnr. 2; *MüKo/Heinrichs*, 3. Aufl., § 362 Rdnr. 2; *Bamberger/Roth/Dennhardt*, § 362 Rdnr. 3; *Gernhuber*, Erfüllung, S. 99; *Schmidt*, Erfüllung, S. 1; *Wolf*, Drittleistung, S. 21, 29; *Beuthien*, Zweckerreichung, S. 7; *Wieacker*, FS Nipperdey I, S. 791; *Taupitz*, JuS 1992, S. 452; *Muscheler/Bloch*, JuS 2000, S. 730.

⁴ *Hassold*, Leistung im Dreipersonenverhältnis, S. 12.

⁵ *Jung*, Mangel des rechtlichen Grundes, S. 57; *Kress*, Besonderes Schuldrecht, S. 327 Fn. 2; *Barnstedt*, Rechtsgrundlosigkeit, S. 48; *Reuter/Martinek*, Ungerechtfertigte Bereicherung, § 4 II (S. 94); *Weitnauer*, FS von Caemmerer, S. 256 ff.; *Mühl*, NJW 1968, S. 1869; *Thomä*, JZ 1962, S. 623; *Gernhuber*, Erfüllung, S. 108; *Hagmann-Lauterbach*, Finale Leistungsbewirkung, S. 79 ff.; *Hassold*, Leistung im Dreipersonenverhältnis, S. 12; *Beuthien*, Zweckerreichung, S. 284; *Welker*, Zweckverfehlung, S. 24; *Schmidt*, Erfüllung, S. 114; *Kupisch*, Gesetzespositivismus, S. 22, 28; *Stolte*, JZ 1990, S. 220 ff.

⁶ *Koppensteiner/Kramer*, Ungerechtfertigte Bereicherung, § 6 III (S. 30); *Loewenheim*, Bereicherungsrecht, S. 30; *Harder*, *datio in solutum*, S. 130; *MüKo/Wenzel*, § 362 Rdnr. 13; *Wieacker*, FS Nipperdey I, S. 785 Fn. 5; *Kötter*, AcP 153 (1954), S. 195; *Rothoefl*, AcP 163 (1964), S. 232; *Melullis*, GoA und ungerechtfertigte Bereicherung, S. 47.

causa.⁷ Der erfüllungsrechtliche Leistungsbegriff erfasse nur einen Teilbereich der bereicherungsrechtlichen Leistungen, da nach herrschender Ansicht bereicherungsrechtlich relevante Zwecke über die Erfüllung hinaus auch die causa ob rem sowie die causa donandi sein können.

Dass einem Zusammenhang zwischen beiden Leistungsbegriffen noch nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde, liegt insbesondere daran, dass sich der überwiegende Teil der Autoren in ihren Beiträgen primär mit dem Leistungsbegriff im Bereicherungsrecht auseinandersetzt. Dabei liegt der Schwerpunkt der Untersuchungen zumeist auf dem finalen Element der Leistung, der Zweckbestimmung. Dieser werden durch die herrschende Meinung innerhalb des bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriffs wichtige Funktionen zugewiesen.⁸ Anhand der Zweckbestimmung legt man die Beteiligten des Leistungsverhältnisses fest, mit ihr sollen zugleich die Rechtsgrundlosigkeit der Leistung sowie die Konditionspartner bestimmt werden können. Die Zweckbestimmung wird deshalb bei der Leistungskondition auch als „Mädchen für alles“ bezeichnet.⁹ Leider findet durch die Konzentration auf das finale Element nicht immer hinreichend Beachtung, dass der Leistungsbegriff des Bereicherungsrechts anerkanntermaßen ein zweiteiliger ist: Leistung reduziert sich nicht allein auf die Zweckbestimmung, sondern beinhaltet auch und vor allem eine bewusste Mehrung fremden Vermögens. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es deshalb, die Bedeutung und Funktion der Zweckbestimmung innerhalb des bereicherungsrechtlichen Leistungsbegriffs, vor allem aber das strittige Verhältnis zwischen Zweckbestimmung und Zuwendung, unter Herausarbeitung eines Zusammenhangs zwischen beiden Leistungsbegriffen zu klären. Vor diesem Hintergrund wird auch zu untersuchen sein, inwieweit sich die speziell im Rahmen der Anweisungsfälle oftmals zu findende Aussage, eine Zweckbestimmung könne eine einzige Zuwendung zu zwei Leistungen umlenken,¹⁰ aufrechterhalten lässt. Gerade die Vernachlässigung der Zuwendung und die damit verbundene Überbewertung

⁷ *Larenz*, Schuldrecht II, § 68 I a (S. 467); *Reuter/Martinek*, Ungerechtfertigte Bereicherung, § 4 II (S. 94); *Erman/Westermann*, § 812 Rdnr. 44; *Canaris*, JZ 1984, S. 627 Fn. 5; *Eckert*, JR 1989, S. 202; *Hagmann-Lauterbach*, Finaler Leistungsbegriff, S. 88; *Hassold*, Leistung im Dreipersonenverhältnis, S. 7, 8; *Seibert*, Finale Leistungsbewirkung, S. 55; *Stolte*, JZ 1990, S. 222; *Wolf*, Drittleistung, S. 21; *Gernhuber*, Erfüllung, § 5 II (S. 97).

⁸ Vgl. dazu unten Zweiter Teil § 14 III. 2.

⁹ *Wilhelm*, JuS 1973, S. 1.

¹⁰ *Koppensteiner/Kramer*, Ungerechtfertigte Bereicherung, § 4 I (S. 11); *Kress*, Allgemeines Schuldrecht, S. 51; *Wilhelm*, Rechtsverletzung, S. 108; *Thielmann*, AcP 187 (1987), S. 26; *Weitmaier*, FS von Caemmerer, S. 281; *ders.*, NJW 1979, S. 2012; *ders.*, Symposium König, S. 43; *Wolf*, Drittleistung, S. 48; *Schnauder*, AcP 187 (1987), S. 162; *ders.*, Grundfragen, S. 100; *Reuter/Martinek*, Ungerechtfertigte Bereicherung, § 10 I (S. 390) für das Valutaverhältnis. In diese Richtung auch *Canaris*, JZ 1984, S. 628.